

«Ich will Zahlen sehen»

Von Alex Reichmuth und Salvatore Vinci (Bild) — Unbeirrt weist die Aarburger Sozialvorsteherin Martina Bircher (SVP) auf die Kosten der Asylpolitik für ihre Gemeinde hin. Über das Unwissen an anderen Orten kann die junge Betriebsökonomin nur staunen.

Was braucht es, um als Mitglied eines Gemeinderats zu fast nationaler Berühmtheit zu kommen? Man muss die vier Grundrechenarten beherrschen und sich getrauen, die Wahrheit zu sagen. Martina Bircher, Sozialvorsteherin im aargauischen Aarburg, hat gerechnet. Das Resultat hat die 31-Jährige, von Beruf Betriebsökonomin, erschreckt: Die finanziellen Folgen der Asylpolitik sind katastrophal für Aarburg. Und das hat sie nicht für sich behalten. «Wenn niemand etwas unternimmt, ist unsere Gemeinde in absehbarer Zeit bankrott», erklärte sie gegenüber der Presse. Das Echo war gross – weit über den Kanton Aargau hinaus.

Erst im Herbst 2013 ist Martina Bircher in den Gemeinderat Aarburg gewählt worden. Zu ihren Aufgaben gehört es seither, Anträge auf Sozialhilfe zu bewilligen. Schon bald nach Amtsantritt sei ihr aufgefallen, dass überaus viele Anträge von ehemaligen Asylbewerbern stammen. «Schon wieder ein Eritreer», sei ihr regelmässig durch den Kopf gegangen.

Für den Lebensunterhalt von Asylsuchenden kommt zwar der Bund auf. Können diese in der Schweiz bleiben, als anerkannte Flüchtlinge oder als sogenannt vorläufig Aufgenommene, denen die Rückkehr nicht zugemutet werden kann, übernehmen der Bund und der

Fast jeder zweite Sozialhilfebezüger in Aarburg ist ein ehemaliger Asylant.

Kanton weiterhin die Kosten. Aber nicht für lange. Nach fünf Jahren bei anerkannten Flüchtlingen beziehungsweise nach sieben Jahren bei vorläufig Aufgenommenen ist Schluss. Dann kommt die Wohngemeinde an die Kasse. Und diese Fristen beginnen bereits mit der Einreichung des Asylantrags zu laufen. Wenn das Asylverfahren, wie es oft der Fall ist, schon mehrere Jahre gedauert hat, werden die Gemeinden darum schon bald nach dem Asylentscheid in die Pflicht genommen.

95 Prozent der Eritreer in der Sozialhilfe

Martina Bircher wollte wissen, wie viele der Sozialhilfebezüger in ihrer Gemeinde ehemalige Asylbewerber sind. Doch in der offiziellen Statistik sind anerkannte Flüchtlinge, die in der Regel eine B- oder C-Aufenthaltsbewilligung haben, nicht als frühere Asylsuchende zu erkennen. Bircher beauftragte darum die Verwaltung Aarburgs, die entsprechenden Zahlen zu ermit-



«Schon wieder ein Eritreer»: Gemeinderätin Bircher.

teln. Dazu brauchte es etwas Hartnäckigkeit. «Die Verwaltung wollte die Zahlen zuerst nicht herausrücken», so Bircher. «Nur widerwillig stellte sie diese dann zusammen.»

Das Resultat bestätigte Birchers Befürchtung: Fast jeder zweite Sozialhilfebezüger in Aarburg ist ein ehemaliger Asylant: 45 Prozent. Konkret lebten im Herbst letzten Jahres 167 frühere Asylbewerber in Aarburg auf Staatskosten. Die grosse Mehrheit von ihnen, 130, sind Eritreer. 72 dieser 167 Sozialhilfebezüger sind schon so lange in der Schweiz, dass nicht mehr der Kanton und der Bund für sie bezahlen, sondern Aarburg für sie aufkommen muss.

Das Städtchen an der Aare hatte schon 2013 die höchste Sozialhilfequote im ganzen Kanton: 5,8 Prozent der Einwohner waren auf die Hilfe des Staates angewiesen. Satte 5,5 Millionen Franken gab die Gemeinde für Sozialhilfe aus – bei einem Budget von total 28 Millionen Franken. Und die Uhr tickt: Bald muss Aarburg weitere ehemalige Asylbewerber finanzieren, für die jetzt noch der Bund und der Kanton bezahlen.

Martina Bircher hat auch diese Zahlen zusammengetragen. Dieses Jahr übernimmt die Gemeinde die Sozialhilfe für 20 zusätzliche ehemalige Asylbewerber, 2016 für weitere 18, 2017 für nochmals 24 und so weiter. Zwar gibt es einige Unsicherheiten, denn anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene können im Prinzip aus Aarburg wegziehen. «Das ist aber kaum zu erwarten», so Martina Bircher, «denn Aarburg hat viele günstige Wohnungen. Diese Leute werden mit grosser Sicherheit bleiben.» Im Gegenteil: Es könnten noch mehr ehemalige Asylsuchende aus anderen Gemeinden zuziehen, die dann ebenfalls dem Städtchen auf der Tasche liegen.

Bircher hat weiter die Sozialhilfequote aller ehemaligen Asylbewerber in Aarburg ermittelt. Sie beträgt horrende 72 Prozent. Nicht einmal drei von zehn früheren Asylsuchenden kommen also ohne Staatshilfe aus. Unter den 130 Eritreern in Aarburg sind sogar 95 Prozent auf finanzielle Unterstützung angewiesen – also fast jeder.

Als Hort von Rassisten verschrien

Die Folgen für Aarburg mit seinen rund 7000 Einwohnern seien verheerend, so Bircher. «Auf uns kommen Mehrkosten von mindestens 1,5 Millionen Franken nur für Sozialhilfe für ehemalige Asylbewerber zu – pro Jahr.» Vermutlich komme es noch schlimmer. Denn der Andrang von neuen Asylbewerbern in der Schweiz ist gross. Der Bund verteilt diese auf die Kantone; selbige weisen sie den Gemeinden zu. Aarburg hat derzeit drei Asylheime. Die Eröffnung des dritten hat letztes Jahr Schlagzeilen gemacht. Eine Bürgerbewegung hat gegen die übermässige Belastung Aarburgs durch Asylbewerber protestiert und verlangt, dass der Kanton Aargau diese gerechter

auf die Gemeinden verteilt. Wegen der Grillpartys, welche die Protestbewegung vor dem künftigen Asylheim durchgeführt hat, wurde Aarburg selbst von höchsten Schweizer Amtsträgern als Hort von Rassisten verschrien.

Doch Martina Bircher kennt die Folgen der gegenwärtigen Asylpolitik. Der Bund gibt einem immer höheren Teil der Asylbewerber ein Bleiberecht, obwohl ein Grossteil von ihnen offensichtlich Migranten auf der Suche nach einem besseren Leben sind. Im letzten Mai kletterte die entsprechende Quote derjenigen, die bleiben können, auf 70 Prozent. Faktisch kann die grosse Mehrheit der Menschen, die in der Schweiz Asyl verlangen, für immer hier bleiben. Darum ist in Aarburg in den letzten Jahren etwa die Zahl der Eritreer rasant gestiegen. Gab es 2007 noch keinen einzigen Eritreer in der Gemeinde, waren es 2010 bereits 27 und Ende 2014 wie erwähnt schon 130. Ende Mai dieses Jahres wohnten gar schon 158 Eritreer hier. Ein Ende ist nicht absehbar. Und fast alle dieser meist jungen Leute leben auf Staatskosten – wegen der grossen Integrationsschwierigkeiten mit hoher Wahrscheinlichkeit für immer.

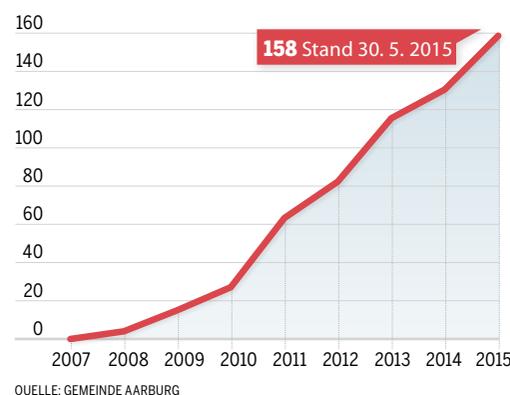
Häufige Arztbesuche

Und es seien in den wenigsten Fällen kleine Unterstützungsbeiträge, die nötig würden, sagt Martina Bircher. Ehemalige Asylsuchende suchten etwa auffällig oft Ärzte auf. Die Kosten der Krankenkassen-Franchisen blieben an der Gemeinde hängen. Die Gemeinde müsse auch für die überaus häufigen Zahnarztbesuche aufkommen. Dazu kämen Kosten für den Schulunterricht von Kindern, für Integrationsmassnahmen und für Familienbegleitungen. Insgesamt, schätzt Bircher, könnten die Ausgaben Aarburgs zugunsten von ehemaligen Asylbewerbern in den nächsten Jahren sogar um bis zu drei Millionen Franken steigen. Ein «Fass ohne Boden» sei das.

Im letzten November hat die SVP-Gemeinderätin die düsteren Zahlen an einer Gemeindeversammlung präsentiert. Sogleich gab es Zoff. Vermutlich Vertreter der Jungsozialisten

Eritreer in Aarburg

Mit Aufenthaltsbewilligung B, F oder C, ohne Asylbewerber



Die Zahl der Eritreer ist rasant angestiegen.

machten Stimmung gegen sie. Die lokalen Medien hätten darum die Berichterstattung auf den «Eklat an der Gemeindeversammlung» fokussiert, nicht auf ihre Zahlen und Fakten, sagt Bircher.

Irritierend findet sie, dass sie bei Kolleginnen und Kollegen anderer Gemeindeexekutiven ein grosses Unwissen feststelle, was die Kosten ehemaliger Asylanten angeht. «Viele Gemeinderäte wissen nicht einmal, dass die Sozialhilfe für frühere Asylsuchende schon nach wenigen Jahren Sache der Gemeinde ist. Sie glauben ganz einfach den irreführenden Behauptungen, laut denen Bund und Kantone bezahlen.» Klar widerspricht Bircher auch Aussagen, Aarburg habe es einfach besonders

«Die Kosten explodieren in vielen anderen Gemeinden genauso wie bei uns.»

«dumm erwischt». «Die Kosten explodieren in vielen anderen Gemeinden genauso wie bei uns», ist sie überzeugt.

Die meisten Behördenmitglieder von Kantonen und Gemeinden vernebeln die Probleme aber lieber. An einem Seminar des Kantons Aargau wurde etwa propagiert, Gemeinden mit vielen sozialhilfeabhängigen Eritreern sollten mit Angeboten wie «Begegnung und Sensibilisierung» oder «Filme, Theater und Feste» reagieren. Eine aargauische Gemeinde hat sogenannte Vernetzerinnen angestellt, die «Begrüssungsrituale» mit Migranten aus dem Asylbereich durchführen. «Ein einziger solcher Begrüssungsbesuch in jener Gemeinde kostet die Öffentlichkeit tausend Franken», sagt Martina Bircher.

«Stacheldraht in der Brust»

Die junge Gemeinderätin rechnet nicht nur gern. Sie ist auch streitlustig. Ihre Meinung äussert sie regelmässig in Leserbriefen in der Lokalpresse. Darin widerspricht sie etwa der Behauptung, der Zustrom an Asylbewerbern sei ein Segen für die Zukunft der Sozialwerke, oder prangert die «Anspruchsmoralität» von Sozialhilfebezügern an. Die Reaktionen folgen jeweils auf der Stelle. Sie giesse «Öl ins Feuer einer menschenverachtenden Diskussion», wurde ihr vorgeworfen, oder sie habe statt eines Herzens «Stacheldraht in der Brust».

Aufhalten lässt sich die junge Politikerin durch solchen Gegenwind nicht. Sie wird Missständen im Asyl- und Sozialwesen weiterhin nachgehen. «Ich will Zahlen sehen», heisst ihr Motto. Bereits ist die SVP Schweiz auf sie aufmerksam geworden und hat sie in ihre nationale Asyl- und Ausländerkommission geholt. Und Anfang Juni hat sie ihre Kandidatur für das Aargauer Kantonsparlament angekündigt. Von Martina Bircher wird man bestimmt noch mehr hören.